

Weiter Streit um Fracking

Robert Habeck und Matthias Ilgen sprechen von aufgeweichten Regeln

Heide (se) Nach wochenlangen Verhandlungen hatte sich die Bundesregierung in der vergangenen Woche auf einen Gesetzesentwurf zum umstrittenen Fracking geeinigt. Seither kämpfen Gegner und Befürworter der Fördermethode um die Deutungshoheit des Gesetzestextes.

Für Kiels Umweltminister Robert Habeck (Grüne) steht fest: Mit dem Regierungsentwurf werde sich Fracking in Schleswig-Holstein nicht völlig verhindern lassen. „Fracking zur Förderung von Erdöl wird von dem geplanten Gesetz überhaupt nicht erfasst“, sagte er. Habeck kündigte an, dass er sich im jetzt anlaufenden Gesetzgebungsverfahren für ein klares Fracking-Verbot einsetzen wird.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Dithmarschen Nord/Nord-



50 Schilder dieser Art hat die UWD bereits aufgestellt.

friesland, Matthias Ilgen, wertet das geplante Gesetz zwar als das wohl „strengste der Welt“ und sieht die Sorgen der Bevölkerung von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (beide SPD) ernstgenommen. Trotzdem ist er enttäuscht, dass es nicht zu einem generellen Fracking-Ver-

bot – auch für Probebohrungen – kommen wird. „Das war mit der Union und Kanzleramtsminister Peter Altmaier nicht zu machen“, sagte Ilgen. Und er ergänzte: „Offenbar hat Herr Altmaier am Ende dem Druck der Wirtschaftslobby nachgegeben.“

Ähnlich wie sein SPD-Kollege weist auch der CDU-Bundes-

tagsabgeordnete Ingbert Liebing darauf hin, dass der Gesetzesentwurf „sehr weitreichende“ Verbote enthält. „Er hat eindeutig das Ziel, Fracking einzuschränken oder zu verbieten“, sagte er. Der neue CDU-Landesvorsitzende kündigte eine intensive Prüfung des Gesetzesvorhabens im Rahmen der parlamentarischen Beratungen an. Habeck warf er „Täuschung der Öffentlichkeit und Schaumstrategie“ vor. Dessen Bundesratsanträge seien längst nicht so weitreichend wie die Vorschläge der zuständigen Bundesminister gewesen.

Sicher dürfte derweil sein, dass sich in den nächsten Wochen neuer Widerstand gegen Fracking formieren wird. Die Unabhängige Wählergemeinschaft Dithmarschen (UWD) hat bereits 50 Ortschilder gegen Fracking aufgestellt. Zurzeit ist sie dabei, Autoaufkleber zu verteilen.

28.11.2014